Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 10. September 2008
Ausgabe 174

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **5**
Meldungen **6**
› OB Ude gratuliert Dr. Mühlhäuser zum Dienstjubiläum 6
› Start neuer Parklizenzgebiete in Nordschwabing 7
› AnderArt-Festival am 13. September 8
› AnderArt: Ausstellungsprojekt „Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration“ 9
Antworten auf Stadtratsanfragen **11**
› Sicherheit im Bereich der MVG 11

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **22**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 11. September, 10.30 Uhr, Ratstrinkstube
Im Rahmen des 850. Stadtgeburtstages begrüßt Stadträtin Christiane Hacker (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters eine Delegation der Presbyterianischen Kirche aus Münchens Partnerstadt Edinburgh zu einem Frühschoppen.

Wiederholung
Donnerstag, 11. September, 11.30 Uhr,
Alte Kongresshalle, Theresienhöhe 15
Pressegespräch anlässlich des AöW (Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V.) Symposiums 2008 „Eine Welt – Unser Wasser" mit Dr. Jochen Stemplewski, Präsident der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V., Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Professor Saskia Sassen, Professorin für Soziologie an der Columbia Universität in New York und an der London School of Economics and Political Science, und Thomas Loster, Geschäftsführer der Münchner Rück Stiftung. Anmeldung erbeten unter katrin.strauch@gral-gmbh.de

Wiederholung
Donnerstag, 11. September, 12 Uhr,
Alte Kongresshalle München, Theresienhöhe 15
(im Anschluss an das Pressegespräch zum AöW Symposium)
Oberbürgermeister Christian Ude stellt gemeinsam mit Kommunalreferentin Gabriele Friderich, Dr. Florian Biberbach, Geschäftsführer der Stadtwerke München, und Martin Moser, Stellvertreter der Baureferentin, das Programm des Aktionstags „Da sein für München 2008" vor, der am Samstag, 13. September, rund um das Rathaus auf dem Marienplatz und dem Marienhof stattfindet.
Der Aktionstag steht ganz im Zeichen des 850. Münchner Stadtgeburtstages und ist ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr 2008. 50 städtische Dienstleister, Beteiligungsgesellschaften und weitere Institutionen präsentieren dort das gesamte Dienstleistungsspektrum der Stadt München im Bereich der Daseinsvorsorge. Lust zum Feiern machen mehrere Musik- und Showbühnen mit prominenten Künstlergruppen. Auf der Weinstraße ist eine Ausstellung kommunaler Oldtimer aus 150

Jahren Stadtgeschichte zu bewundern, der Marienhof wird in eine riesige Spiel- und Sportlandschaft verwandelt.
Beim Pressetermin wird auch eine neue Postkartenserie mit 20 Motiven aus der kommunalen Stadtgeschichte vorgestellt, die extra für den Aktionstag gedruckt wurde und dort kostenlos zu haben ist.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Donnerstag, 11. September, 15.30 Uhr, Rathaus, Zimmer 200
Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht Angelika Westrich, der Vorsitzenden des Christophorus-Hospiz-Vereins (CHV), die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens". Westrich hat die Hospizarbeit und deren Entwicklung, nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch auf Landes- und Bundesebene, entscheidend geprägt und sich damit um die Begleitung von sterbenden Menschen und deren Angehörigen in München, Bayern und in Deutschland hohe Verdienste erworben.

Wiederholung
Donnerstag, 11. September, 16 Uhr,
Baustelle „Schlossviertel Nymphenburg", Zufahrt über Herthastraße
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum Richtfest für das Objekt „Schlossviertel Nymphenburg" mit 350 Mietwohnungen, das die Eurytos Wohn- und Gewerbebau GmbH & Co. KG gemeinsam mit der Ärzteversorgung Niedersachsen realisiert.

Freitag, 12. September, 11 Uhr, Grützznerstube im Rathaus
Bürgermeister Hep Monatzeder, Gesundheits- und Umweltreferent Joachim Lorenz und der Vorsitzende des ADFC Kreisverbands München, Christoph Zindel-Kostelecky, informieren über Zielsetzungen und Hintergründe der Aktion „Stadtradeln" des Klima-Bündnis e.V. – des größten europäischen Städtenetzwerks für den Klimaschutz –, an welcher sich die Landeshauptstadt München in diesem Jahr erstmals beteiligt. Die beiden Münchner Aktions-Highlights werden der „Radl-Rekord-Tag" am Sonntag, 14. September, und das „Stadtratsradeln" der teilnehmenden Stadträtinnen und Städträte, vom 14. September bis 5. Oktober, sein. In seiner Funktion als Vorsitzender des Klima-Bündnisses wird Joachim Lorenz auch über den bisherigen Verlauf der Aktion „Stadtradeln" auf Bundesebene informieren. Zum Pressetermin „treten" Hep Monatzeder und Joachim Lorenz dem Klimawandel symbolisch vorab auf einem Tandem „entgegen".
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Samstag, 13. September, 11.15 Uhr,
Marienplatz, Aktionsbühne „Da sein für München"
Presserundgang mit Oberbürgermeister Christian Ude und Kommunalreferentin Gabriele Friderich durch das Aktionsgelände auf dem Marienplatz und dem Marienhof. Um **14.30 Uhr** spricht OB Ude auf der Bühne am Marienplatz.
Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/da-sein-fuer-muenchen*.

Samstag, 13. September, 13 Uhr, Feldherrnhalle, Odeonsplatz
Oberbürgermeister Christian Ude, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, der Vorsitzende des Ausländerbeirats Cumali Naz sowie Kirchenrektor Pater Dr. Klaus Obermeier sprechen zur Eröffnung des AnderArt-Festivals.
(Siehe auch unter Meldungen)

Samstag, 13. September, 18 Uhr,
Metropoltheater, Floriansmühlstraße 5
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht beim Festakt zum zehnjährigen Jubiläum des Metropoltheaters. Oberbürgermeister Christian Ude hält die Festrede. Das Festprogramm beginnt bereits um 16 Uhr mit einer Veranstaltung für Kinder.

Sonntag, 14. September, 10 Uhr,
Haupteingang Verkehrszentrum, Theresienhöhe 14a
Bürgermeister Hep Monatzeder gibt den Startschuss zum „Radl-Rekord-Tag", der lokalen Auftaktveranstaltung der Landeshauptstadt München zur bundesweiten Aktion „Stadtradeln" des Klima-Bündnisses e.V., des größten europäischen Städtenetzwerks für den Klimaschutz. Münchner Bürgerinnen und Bürger setzen zusammen mit Münchner Stadträtinnen und Stadträten ein Zeichen für eine klima- und umweltfreundliche Mobilität und treten bei einer gemeinsamen Fahrradtour durch die Münchner Innenstadt auf unterhaltsame und abwechslungsreiche Art für den Klimaschutz in die Pedale.
Hinweis: Um **9.45 Uhr** findet vor dem Haupteingang des Verkehrszentrums ein gesonderter Fototermin mit Bürgermeister Hep Monatzeder und den mitradelnden Stadträtinnen und Stadträten statt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Sonntag, 14. September, 17 Uhr,
Leopoldstraße, Pavillon vor Buchhandlung Lehmkuhl
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Eröffnung des Empfangs des Corso Leopold e.V..

Montag, 15. September, 11 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Pressekonferenz zum Schulbeginn 2008/2009 mit Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner, der Fachlichen Leiterin des Staatlichen Schulamts, Schulamtsdirektorin Georgine Müller, und Regierungsschuldirektorin Eva Windolf, Schulreferentin für Förderschulen bei der Regierung von Oberbayern. Themen sind u.a.: Schüler- und Klassenzahlen, Lehrerversorgung, Baumaßnahmen, Ganztagsangebote und -schulen, pädagogische Projekte und Schwerpunkte.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 17. September, 19 Uhr,
Gaststätte „Unions-Bräu", Grüner Saal, Einsteinstraße 42
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 17. September, 18.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomsen.

Mittwoch, 17. September, 19.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 17. September, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 17. September, 18 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach) mit der Vorsitzenden Marina Achhammer.

Mittwoch, 17. September, 19 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1
Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach).

Mittwoch, 17. September, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Aubinger Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).
Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal statt.

Meldungen

(teilweise voraus)
OB Ude gratuliert Dr. Mühlhäuser zum Dienstjubiläum
(10.9.2008) Oberbürgermeister Christian Ude übergab gestern dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH, Dr. Kurt Mühlhäuser, die Urkunde zum 40-jährigen Dienstjubiläum. OB Ude hob hervor, dass Mühlhäuser aus einem defizitären Monopolbetrieb ein effizientes und ökologisch vorbildliches, gewinnstarkes Unternehmen gemacht habe, das sich im Wettbewerb mit Stromgiganten behauptet, das günstigste Preis-Leistungs-Verhältnis der zehn größten deutschen Städte bietet und ökonomisch stark genug ist, um jetzt in einen vorbildlichen Ausbau des erneuerbaren Energiesektors investieren zu können. Ude betonte, dass nach einer in der Bild-Zeitung veröffentlichten Untersuchung München bei den Strom-, Gas- und Wasser-Preisen zu den günstigsten Grundversorgern unter 100 deutschen Großstädten gehört, so dass die exorbitante Belastung der Münchner Mieter in Wahrheit nur mit den Mietforderungen der Hausbesitzer und nicht mit den Preisen der Stadtwerke zu erklären ist.
Dr. Kurt Mühlhäuser wurde 1943 in Plochingen am Neckar geboren. Der promovierte Jurist und Ökonom (Diplomkaufmann) begann seine berufliche Laufbahn 1967 als Rechtsreferendar im Bayerischen Staatsdienst und ab 1972 im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. 1974 wechselte er zur Landeshauptstadt München. Seit dem Jahr 1985 ist Dr. Mühlhäuser bei den Stadtwerken München tätig, zunächst in der Rechtsabteilung, seit 1992 als Werkdirektor für Vertrieb, Einkauf und Materialwirtschaft und seit 1993 als stellvertretender kaufmännischer Werkleiter. Seit November 1995 steht er an der Spitze der Stadtwerke München, bis 1998 als Sprecher der Werkleitung und berufsmäßiger Stadtrat und seit der Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH in städtischem Besitz als Vorsitzender der Geschäftsführung.
Achtung Redaktionen: Ein Foto von der Urkundenübergabe kann im Presse- und Informationsamt unter presseamt@muenchen.de oder 2 33-9 26 00 angefordert werden.

Start neuer Parklizenzgebiete in Nordschwabing

(10.9.2008) Gemäß Beschluss des Münchner Stadtrates ist vorgesehen, bis zum Sommer nächsten Jahres weitere insgesamt 15 Parklizenzgebiete einzurichten, in denen nach städtischen Untersuchungen ein außergewöhnlich hoher Parkdruck für Bewohnerinnnen und Bewohner festgestellt wurde. Vornehmlich werden sich diese Gebiete in Nordschwabing, in Teilen Neuhausens sowie auf der Schwanthalerhöhe befinden.

Am 3. November starten in Nordschwabing, also innerhalb des 12. Stadtbezirkes, die Parklizenzgebiete „Winzererstraße" und „Barbarastraße". Diese Gebiete schließen sich unmittelbar westlich an den bereits bestehenden Schwabinger Block an. Das Lizenzgebiet „Winzererstraße" liegt zwischen dem Neubaugebiet Ackermannbogen und der Schleißheimer Straße und grenzt im Norden an die Ackermannstraße. Südlich begrenzt die Schwere-Reiter-Straße den Parkbereich, die aber zwischen Infanteriestraße und dem bereits bestehenden Parklizenzgebiet „West Schwabing" mit Haupt- und Nebenfahrbahn bereits dem ebenfalls neuen Parkraummanagementgebiet „Barbarastraße" angehört. In stadteinwärtiger Richtung trifft die „Barbarastraße" direkt auf den Parkbereich „Schleißheimer Straße".

In den neuen Parklizenzgebieten wird es, wie bereits aus anderen Lizenzgebieten bekannt, Straßen geben, die ausschließlich den Bewohnerinnen und Bewohnern vorbehalten bleiben und Bereiche mit Mischparken oder Kurzzeitparken.

Im Mischparken dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer Parklizenz kostenlos parken. Besucher müssen an den Automaten ein Parkticket lösen und können dann bis zu einem ganzen Tag parken. Die Höhe der Parkgebühren beträgt 1 Euro/Stunde, maximal jedoch 6 Euro/24 Stunden. Sowohl in der Deidesheimer Straße als auch im Nebenfahrbahnbereich der Schwere-Reiter-Straße wird es als weichen Übergang zum Neubaugebiet Ackermannbogen lediglich eine Parkscheibenregelung mit einer Höchstparkdauer von maximal vier Stunden geben; auch hier können jedoch Lizenzinhaberinnen und Lizenzinhaber des entsprechenden Parkbereiches dauerparken.

Die Bereiche mit Kurzzeitparken, die es nur innerhalb weniger Straßenabschnitte der „Winzererstraße" gibt, bleiben den Eiligen und für kurze Erledigungen vorbehalten. Dort darf man nur mit einem Parkticket und nur bis zu zwei Stunden parken.

Des Weiteren wird es auch Mischformen, also zum Beispiel Straßen, die tagsüber Besuchern und Bewohnern zur Verfügung stehen und abends ausschließlich für die Bewohnerinnen und Bewohner reserviert sind,

geben. Diese Mischformen, die insbesondere im Parkbereich „Barbarastraße" zum Einsatz kommen, sind den im Tagesverlauf wechselnden Verkehrssituationen angepasst und sollen die Belange eines gewachsenen Innenstadtviertels mit einer lebendigen Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Arbeiten noch mehr als bisher widerspiegeln.
Der Bewirtschaftungszeitraum ist auf die Werktage, also von Montag bis einschließlich Samstag, und die Zeit zwischen 9 und 23 Uhr beschränkt. Nachts sowie an Sonn- und Feiertagen ist in diesen Bereichen das Parken für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer möglich.
Die Bewohnerinnen und Bewohner mit Hauptwohnsitz innerhalb der neuen Parklizenzgebiete können ab sofort formlos mit einem einfachen Brief für jährlich 30 Euro ihren Parkausweis bei der Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung III – Verkehrsüberwachung, 80466 München, beantragen.
Dem Antrag ist eine Kopie des Kfz-Scheins beizulegen. Die Antragstellung kann jedoch auch mittels Telefax unter 2 33-3 97 37 erfolgen. Zudem bietet das KVR unter der Internetadresse *www.muenchen.de/parken* auch ein Antragsformular.
Das KVR bittet die Bewohnerinnen und Bewohner dringend darum, ihre Parkausweise frühzeitig zu beantragen. So kann unnötiger Stress und Ärger vermieden werden und die Parkausweise können rechtzeitig zugestellt werden.
Ebenfalls im Internet sind weitere Informationen, wie zum Beispiel detaillierte Übersichtskarten und Auskünfte zu den Ausnahmegenehmigungen für Gewerbebetriebe, zu finden.

AnderArt-Festival am 13. September

(10.9.2008) „Brücken bauen", das Motto des 850. Stadtgeburtstags, ist auch bei dem nun schon seit zwölf Jahren stattfindenden interkulturellen Festival AnderArt Programm. Das vom Kulturreferat veranstaltete AnderArt verbindet Menschen und Kulturen, Genres, Formen, Generationen, Tradition und Moderne. Auf der großen Open-Air-Bühne vor der Feldherrnhalle am Odeonsplatz folgt am 13. September, von 12 Uhr bis 22.30 Uhr wieder Schräg-Urbanes auf Ethno-Poetisches, Musikalisches auf Literarisches, Romantik auf Punk, und es wird klar, dass die Vielfalt der in München vertretenen Kulturen mehr ist als die Summe des Ganzen, dass das berühmte Münchner Flair geprägt ist durch Menschen in Bewegung und durch die kulturellen Schätze, die sie von der Stadtgründungszeit bis heute nach München brachten und bringen. Am Programm beteiligt sind hier geborene wie „zuagroaste" Künstlerinnen und Künstler: Ein zehnstündiges Musikprogramm mit musikalischen Größen dieser Stadt führt das Publikum in

neue akustische Welten voller Überraschungen und Geheimnisse. Erstmalig ist AnderArt Ausgangspunkt einer multireligiösen Stadtrallye, bei der stadtgeschichtliche Spuren der unterschiedlichen Religionen in München gesucht und erarbeitet werden. Münchnerinnen und Münchner sind u.a. eingeladen, sich mit Künstlerinnen und Künstlern des internationalen Künstlerhauses Villa Waldberta zu unterhalten oder sich am Projekt „Crossing Munich" zu beteiligen. Mit einer modernen Form des mittelalterlichen Bänkelgesangs lassen die „Spoken-Word-Poeten" die gesprochene Literatur der ehemals fahrenden Bänkelsänger – zum Thema Stadtgeschichte und Migration – wieder auferstehen. Wie kulturell reich und zugleich kulturell vernetzt München ist, wird beim großen Finale aller beteiligten Künstlerinnen und Künstler deutlich, die zeigen, dass sie miteinander „gut können". AnderArt lädt alle Münchnerinnen und Münchner und seine Gäste aus aller Welt ein, noch einmal den Stadtgeburtstag ausgiebig und interkulturell zu feiern. Mit allen Sinnen: Genuss versprechen das abwechslungsreiche Programm und nicht zuletzt auch die kulinarischen Spezialitäten aus vielen Winkeln dieser Welt.
Das musikalische Programm beginnt um 12 Uhr, zur Eröffnung um 13 Uhr sprechen Oberbürgermeister Christian Ude, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, der Vorsitzende des Ausländerbeirats Cumali Naz und Kirchenrektor Pater Dr. Klaus Obermeier. Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt. Der Eintritt ist frei.
Die Kooperationspartner des Kulturreferats sind Ausländerbeirat und Stelle für interkulturelle Arbeit des Sozialreferats der Landeshauptstadt München, die Theatinerkirche, das Multikulturelle Jugendzentrum Westend und die Färberei des Kreisjugendrings München-Stadt. Die Partner, Sponsoren und Förderer sind Münchner Bank, Erdinger Weißbräu, eat.fine catering, IN-München, muenchen.de
Das vollständige Programm ist unter *www.muenchen.de/anderart* einsehbar. Nähere Informationen unter presse.kulturreferat@muenchen. de oder barbara.hein@DerGuteTonSalon.de sowieTelefon: 71 01 97 53.

AnderArt: Ausstellungsprojekt „Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration"

(10.9.2008) Das Ausstellungsprojekt „Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration" ist im Rahmen des AnderArt-Festivals am 13. September von 12 bis 21 Uhr mit einem Recherchebüro auf dem Odeonsplatz vertreten. Ab Juli 2009 wird in der Rathausgalerie eine Ausstellung über Migration in München präsentiert. Zur Vorbereitung der Ausstellung werden Münchnerinnen und Münchner gesucht, die als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in den 50er-, 60er- oder 70er-Jahren nach München ge-

kommen sind: Ihre Geschichten und Erinnerungen sind interessant. Deshalb sollen sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausstellung erzählen, warum sie nach München gekommen sind. Ob aus politischen Gründen, ob sie die Liebe, die Arbeit, das Studium oder einfach die Neugierde nach München gebracht hat. Wer davon erzählen will, kann zu einem persönlichen Gespräch in das Recherchebüro auf der gegenüber liegenden Seite der Bühne vor der Feldherrnhalle auf dem Odeonsplatz kommen.

Das Forschungs- und Ausstellungsprojekt „Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration" ist ein Netzwerkprojekt im Rahmen des EU-Projekts „MELT – Migration in Europe and Local Tradition", das wissenschaftliche, bürgerschaftliche und künstlerische Perspektiven auf „München als von Migration geprägter Stadt" zusammenführt. Das Material für die Ausstellung wird über den Zeitraum eines Jahres im Rahmen verschiedener Projekte generiert und von 9. Juli bis 12. September 2009 in der Rathausgalerie München zu sehen sein. Ein zentrales Anliegen des Projekts ist es, die Geschichte der Migration in München, zumindest in Teilaspekten, neu zu erzählen und damit gängige Darstellungen und Diskurse in Bezug auf Migration kritisch zu hinterfragen.

Weiter Infos sind von Andrea Engl, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Telefon 2 33-2 68 90, E-Mail: andrea.engl@muenchen.de erhältlich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 10. September 2008

Sicherheit im Bereich der MVG
Anfrage Stadträte Michael Kuffer und Josef Schmid (CSU) vom 24.6.2008

Antwort Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 24.06.2008 führten Sie als Begründung aus:
„Am 16. Juni 2008 hat sich im Bereich der U-Bahn eine weitere Gewalttat ereignet. Am U-Bahnhof Holzapfelkreuth ist gegen 6 Uhr morgens ein 39-jähriger Mann Opfer einer brutalen Messerattacke geworden. Presseberichten zufolge erlitt der Mann Stiche in Leber, Becken und Augen und wäre vermutlich verblutet, hätte ihm nicht ein Jogger geholfen (SZ online vom 16.06.2008, 17.24 Uhr).
Diese abscheuliche Tat zeigt abermals, wie überlebenswichtig ein optimal abgestimmtes Sicherheitskonzept an solchen – je nach Tageszeit – wenig bevölkerten und begrenzt einsehbaren Orten ist. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um zu verhindern, dass das Leben von Gewaltopfern davon abhängt, ob zufällig ein Jogger vorbeikommt. Der Ausbau eines bestmöglichen Notruf- und Videoüberwachungssystems muss daher nun oberste Priorität haben."

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/MVG fallen. Daher darf im Folgenden deren Antwort zitiert werden. Soweit in Ihrer Anfrage die Polizei angesprochen wurde, darf die Stellungnahme des Polizeipräsidiums München wiedergegeben werden.

Vorbemerkung der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Als Anlass dieser umfangreichen Anfrage wird eine im weiteren Einführungstext der Anfrage näher beschriebene Gewalttat genannt, die sich am 16.06.2008 im Bereich der U-Bahn ereignet haben soll.
Ausweislich sowohl des Polizeiberichts vom 16.06.2008 als auch der Presseberichtserstattung hierzu, hat sich der Vorfall jedoch nicht im Bereich der U-Bahn, sondern im öffentlichen Straßenraum abgespielt (Guardinistraße/ Barbierstraße). Somit hat der Vorfall mit der Thematik der Sicherheit im Bereich der Münchner U-Bahn nichts zu tun.

Die MVG nimmt – wie zahlreiche bewährte Maßnahmen und Veröffentlichungen unterstreichen – das Thema der Sicherheit im U-Bahnbereich sehr ernst. Dabei kümmert sie sich gemeinsam mit der Polizei seit vielen Jahren erfolgreich nicht nur um die Herstellung objektiver Sicherheit für die Fahrgäste, sondern gleichermaßen auch eines möglichst guten subjektiven Sicherheitsempfindens, weil letzteres entscheidend ist für die Zufriedenheit der Kunden und für eine möglichst häufige Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Polizei und MVG haben die Kriminalitätsentwicklung im Bereich der Münchner U-Bahn immer objektiv dargestellt. Tatsache ist: Die Gewaltkriminalität in diesem Bereich ist in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern stagnierte bzw. ist unter Berücksichtigung der Netzerweiterung sogar leicht gesunken (entgegen dem Bundestrend). Der bayerische Innenminister hat erst vor kurzem für das erste Quartal dieses Jahres sogar einen deutlichen Rückgang der Kriminalität im ÖPNV der LH München bekannt gegeben.
Dies gilt nach Angaben der Polizei auch für die Gewaltkriminalität in der U-Bahn.

Zahlreiche der Einzelfragen sind erst vor wenigen Monaten im Rahmen von Presseveröffentlichungen sowie in dem im Antrag zitierten Stadtratsbeschluss vom 15.01.2008 (SV-Nummer: Nr. 02-08 / V 11459) ausführlich behandelt worden. Insoweit darf auf diese nach wie vor aktuellen Quellen verwiesen werden.

Wie dort bereits erläutert, dient die Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr zum einen der Aufklärung von Straftaten, zum anderen – und das in erster Linie – zur Prävention (nicht nur von Gewalttaten, sondern auch von Vandalismusschäden). Die präventive Wirkung ist dann am höchsten, wenn die Erfassung durch Videoanlagen von potenziellen Straftätern vermutet, aber nicht (zeitlich, räumlich, personell, in Echtzeit oder retrospektiv) exakt nachvollzogen werden kann. Aus diesem Grund wäre die Beantwortung einiger Fragen – vom teilweise exorbitanten Ermittlungsaufwand abgesehen – im Sinne der Zielsetzung kontraproduktiv und muss daher unterbleiben."

Fragenkreis 1: Videoüberwachung an stationären Anlagen

1.1 Welche stationären Anlagen der MVG (Bahnhöfe, Haltestellen) sind derzeit mit Videokameras ausgestattet?

1.2 Wie viel Prozent der Gesamtfläche aller stationären Anlagen der MVG werden damit erfasst?

1.3 Ist mit den angebrachten Kameras jeweils die gesamte Anlage einsehbar oder welche „toten Winkel" gibt es?
1.4 Wie viele Kameras erlauben eine Individualisierung einzelner Personen?
1.5 Wie viele und welche Kameras ermöglichen eine echte Videoüberwachung im Sinne einer direkten visuellen Beobachtung durch die U-Bahn- bzw. die Oberflächenleitstelle der MVG, die Polizeieinsatzzentrale (PEZ) oder die Integrierte Leitstelle (ILSt)?
1.6 Handelt es sich bei den übertragenen Bildern um Standbilder oder bewegte Bilder?
1.7 Mit welchem Zeitversatz sind im Falle der Videoüberwachung die Bilder in der/den Leistelle(n) einsehbar?
1.8 Wie viele der vorhandenen Kameras, die eine Videoüberwachung ermöglichen, werden von der U-Bahn-/Oberflächenleitstelle tatsächlich fortlaufend beobachtet?
1.9 Wie viele der vorhandenen Kameras sind im Notfall (bei Eingang von Notrufmeldungen) von der U-Bahn-/Oberflächenleitstelle bzw. der PEZ aufschaltbar?
1.10 Gibt es bei den Kameras, die nicht fortlaufend beobachtet werden, dennoch stichprobenartige Aufschaltungen (manuelle Auswahl, automatische Auswahl nach dem Zufallsprinzip)?
1.11 Von wie vielen Kameras, die eine Videoüberwachung ermöglichen, werden die Bilder aufgezeichnet und wie lange werden diese Bilder gespeichert?
1.12 Wie viele und welche Kameras erlauben eine reine Videoaufzeichnung ohne die Möglichkeit der direkten visuellen Beobachtung?

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Die MVG verweist hierzu auf die vorgenannten aktuellen Veröffentlichungen sowie auf die Vorbemerkungen.
Ergänzend hierzu: Eine direkte Beobachtung in Echtzeit durch das MVG-Betriebszentrum und die Polizei ist bei derzeit 673 Kameras möglich. Weitere 132 Kameras, die ursprünglich lediglich für die lokale Betriebsabwicklung am Bahnsteig installiert wurden, werden derzeit Zug um Zug an die direkte Beobachtungsmöglichkeit angeschlossen. Bei allen Videobildern, die von Kameras im MVG-Bereich (stationär und in Fahrzeugen) erfasst werden, handelt es sich um bewegte Bilder.

Im MVG-Betriebszentrum können insgesamt 49 Bilder gleichzeitig aufgeschaltet werden. Im Regelbetrieb, d. h. ohne anlassbezogenen Eingriff der Beobachter bzw. der Technik (z. B. durch Notrufbetätigung) erfolgt ein auto-

matischer Bildwechsel nach einem definierten Zeitraum, so dass alle Erfassungsbereiche in regelmäßigen Abständen der präventiven Beobachtung unterliegen. Da die MVG sowohl Arbeitsplätze eingerichtet hat, deren Aufgabe weitestgehend in der Beobachtung liegt, als auch Mischarbeitsplätze, die die Beobachtung ergänzend zu anderen, z. B. dispositiven Aufgaben wahrnehmen und da es weiterhin die Möglichkeit gibt, bei Bedarf (z. B. Eingang mehrerer Notrufe) sekundenschnell zusätzliche Arbeitsplätze in die Beobachtung einzubeziehen, ergibt sich in der Praxis ein ständig schwankender situationsangepasster Umfang der unmittelbaren Beobachtung. Hinzu kommt die parallele Beobachtung durch die Polizei, die zeitgleich ebenfalls auf alle Kameras Zugriff hat."

Fragenkreis 2: Videoüberwachung der Fahrzeuge

2.1 Wie viele Fahrzeuge (Bus, Tram, U-Bahn) sind derzeit mit Videokameras ausgestattet?

2.2 Wie viel Prozent des gesamten Fahrzeugbestandes macht dies aus?

2.3 Wie viele Linien des gesamten Streckennetzes der MVG können damit überwacht werden?

2.4 Nach den ursprünglichen Bekundungen der Verwaltung sollten über einen Zeitraum von „2 bis 3 Jahren alle U-Bahn-Züge" mit Videokameras ausgestattet werden. Wird an diesem Ziel weiter festgehalten?

2.5 Die Sitzungsvorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsausschuss am 15.01.2008 (dort Seite 11) berichtet vom Projekt „Videoausstattung von U-Bahn- und Tramzügen". Danach sollen „rund 570 U-Bahnwägen und ca. 90 Trambahnen" mit Videokameras ausgestattet werden. Wird an diesem Ziel weiter festgehalten? Handelt es sich bei den 570 U-Bahnwägen und 90 Trambahnen um den gesamten Bestand der jeweiligen Fahrzeug gattung oder welchen Anteil des gesamten Bestandes der jeweiligen Fahrzeuggattung macht dies aus?

2.6 In welchem Umfang ist eine Videoausstattung der Omnibusse vorgesehen?

2.7 Wie ist der Zeitplan für die weitere Umsetzung der Planung zu Ziffern 2.4 bis 2.6 (bitte vorgesehene Ausbaustufen mit Umsetzungszeitpunkt und zahlenmäßigem Umfang der Videoausrüstung angeben)?

2.8 Von wie vielen Kameras ist es derzeit möglich bzw. ist es geplant, eine echte Videoüberwachung im Sinne einer direkten visuellen Beobachtung durch die U-Bahn- bzw. die Oberflächenleitstelle der

MVG, die Polizeieinsatzzentrale (PEZ) oder die Integrierte Leitstelle (ILSt) zu ermöglichen?

2.9 Ist es derzeit möglich bzw. ist es geplant, die Bilder als bewegte Bilder zu übertragen oder beschränkt sich die Übertragung auf Standbilder?

2.10 Mit welchem Zeitversatz sind im Falle der Videoüberwachung die Bilder in der/den Leitstelle(n) einsehbar?

2.11 Wie viele der vorhandenen Kameras, die eine Videoüberwachung der Fahrzeuge ermöglichen, werden von der U-Bahn-/Oberflächenleitstelle tatsächlich fortlaufend beobachtet?

2.12 Wie viele der vorhandenen Kameras, die eine Videoüberwachung ermöglichen, sind im Notfall (bei Eingang von Notrufmeldungen) von der U-Bahn-/Oberflächenleitstelle bzw. der PEZ aufschaltbar?

2.13 Gibt es bei den Kameras, die nicht fortlaufend beobachtet werden, dennoch stichprobenartige Aufschaltungen (manuelle Auswahl, automatische Auswahl nach dem Zufallsprinzip)?

2.14 Von wie vielen Kameras, die eine Videoüberwachung ermöglichen, werden die Bilder aufgezeichnet und wie lange werden diese Bilder gespeichert?

2.15 Wie viele und welche Kameras erlauben eine reine Videoaufzeichnung ohne die Möglichkeit der direkten visuellen Beobachtung?

Fragenkreis 3: Möglichkeiten der technischen Optimierung

Falls zu Ziffer 1 und 2 eine reine Videoaufzeichnung ohne visuelle Beobachtung praktiziert bzw. geplant ist:

3.1 Welche technischen und/oder finanziellen Aspekte sind der Grund hierfür?

3.2 Ist ersatzweise zumindest eine Übertragung von Bildern, die automatisch nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, möglich?

3.3 In wie vielen Fällen wurden bisher Videoaufzeichnungen zum Zwecke der Strafverfolgung/Verbrechensbekämpfung ausgewertet? Ist der Verwaltung bekannt, in wie vielen Fällen dies zur Ergreifung der Täter geführt hat?

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG zu den Fragenkreisen 2 und 3:

„Hierzu verweist die MVG ebenfalls auf die vorgenannten Veröffentlichungen. Hinzu gekommen sind seitdem weitere 29 Omnibusse sowie derzeit vier U-Bahnwägen, in denen zur Zeit ein Vorlaufbetrieb mit Kameras durchgeführt wird, um dann nach Abschluss der aktuell laufenden Ausschrei-

bung zügig mit dem Serieneinbau beginnen zu können. Am hierfür kommunizierten Zeitplan wird festgehalten.

Bei der Trambahn wird bis Ende August 2008 ein erstes Fahrzeug mit Videoüberwachung ausgerüstet sein und im Anschluss daran in den Probebetrieb gehen. Die vier im Bau befindlichen Trambahnzüge der neuen Generation S 1.4 werden bereits ab Werk mit Videoüberwachung ausgerüstet sein.

Da die Fahrzeuge der MVG prinzipiell auf allen Linien zum Einsatz kommen, findet auch keine linienscharfe Zuordnung von Videokameras statt.

Es ist vorgesehen, den gesamten Wagenpark der MVG mit Videokameras auszustatten. Die Bilder werden dabei jeweils im Fahrzeug gespeichert und bei Bedarf ausgelesen. Eine Übertragung von Bildern aus den Fahrzeugen in Echtzeit in die Leitstelle ist nicht vorgesehen und technisch bis auf weiteres im System der MVG auch gar nicht möglich. Hierzu wären andere, sehr aufwändige Datenübertragungssysteme erforderlich. Unabhängig hiervon ist auch daran zu erinnern, dass ausnahmslos alle Fahrzeuge der MVG nach wie vor mit mindestens einem Mitarbeiter (Fahrer) besetzt sind, der im Falle eines Vorfalls die sofortige Verständigung aller erforderlichen Hilfskräfte veranlasst.

Die Frage nach der Zahl der Auswertungen von Videoaufzeichnungen und der erfolgreichen Täterergreifungen aufgrund dieser Auswertungen kann von Seiten der MVG nicht beantwortet werden, weil die Zahl der Auswertungen durch die Polizei nicht bekannt ist. Bekannt ist aber, nicht zuletzt auch durch die Medienberichterstattung, dass die Videoauswertung, z. B. in den jüngst in den Medien dargestellten Fällen, jeweils entscheidende Beiträge zur erfolgreichen und schnellen Täteridentifizierung leisten konnte."

Fragenkreis 4: Präventionswirkung der Videoüberwachung
Auf Seite 9 der Sitzungsvorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsausschuss am 15.01.2008 wird ausgeführt: „Die Videoüberwachung und -aufzeichnung kann zwar unmittelbar keine Straftaten unterbinden, leistet jedoch einen unverzichtbaren Beitrag zu deren Aufklärung und zur Identifizierung von Tätern und damit zur Aufklärung."

Warum hält es die Verwaltung von vornherein für ausgeschlossen, dass im Falle einer Videoüberwachung eine Tat von der Leitstelle beobachtet wird, daraufhin eine sofortige Alarmierung der U-Bahn-Wache bzw. Polizei veranlasst wird und diese – gerade bei länger andauernden Gewalttaten, Rangeleien oder Vandalismen – noch in die laufende oder eine anschließende Tathandlung eingreifen bzw. den Täter zumindest auf der Flucht ergreifen können?

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Selbstverständlich war mit der zitierten Äußerung gemeint, dass die Technik der Videokamera samt Bildaufzeichnung allein keine Straftat durch unmittelbares Eingreifen unterbinden kann (also im Vergleich etwa zu einem anwesenden Polizisten oder Wachmann), dass aber die Existenz der Kamera und der Bildaufzeichnung (bzw. die Kenntnis ihrer Existenz) sehr wohl ebenfalls eine Verhinderung von Straftaten bewirken kann."

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Der Einsatz von Videotechnik ist ein geeignetes Instrumentarium, Sicherheitsstörungen zu unterbinden bzw. zu verhindern. Dies belegen beispielsweise aktuelle Auswertungen für den Bereich Orleansplatz. Die (polizeiliche) Videoüberwachung und frühzeitige Reaktionen auf (sich abzeichnende) Sicherheitsstörungen führten dort zu einem deutlichen Rückgang der Straftaten.

Im Gegensatz zur polizeilichen Videoüberwachung ist im U-Bahnbereich die hohe Zahl vorhandener Videokameras im Verhältnis zu den Beobachtungskapazitäten (bei MVG und Polizei) zu berücksichtigen. Natürlich lässt sich die gezielte Überwachung relevanter U-Bahnhöfe bzw. deren Zwischengeschosse steuern, allerdings wird dies unter Berücksichtigung vorgenannter Aspekte auf sehr wenige ausgewählte Örtlichkeiten beschränkt bleiben. Insoweit ist die Wahrscheinlichkeit, Sicherheitsstörungen konkret zu beobachten und Einsatzkräfte heranzuführen, deutlich reduziert.

Neben der Einsatz-/Fahndungsunterstützung liegt der Schwerpunkt zwangsläufig in der Aufklärung von Straftaten im U-Bahnbereich. Dies belegen die Ermittlungserfolge im Zusammenhang mit den Gewaltdelikten in der U-Bahn zum Jahreswechsel 2007/2008. Auch im ersten Halbjahr konnten bei mehreren Raubdelikten, Sexualstraftaten und Sachbeschädigungen die Täter anhand der Videoaufzeichnungen im U-Bahnbereich identifiziert werden. So sprach beispielsweise am 22.01.2008, gegen 08.00 Uhr, in einem U-Bahnhof ein zunächst unbekannter Täter eine 15-jährige Schülerin

an und verwickelte sie in ein Gespräch. Nach dem Einsteigen in die eingefahrene U-Bahn versuchte er, ihre Oberbekleidung hochzuschieben. Aufgrund der Aufzeichnungen im U-Bahnhof konnte der Täter bereits eine Stunde nach interner Fahndungseinstellung von Polizeibeamten erkannt und vorläufig festgenommen werden.

In einem anderen Beispielfall bedrohten in einem U-Bahnhof zwei Jugendliche einen 23-jährigen Geschädigten mit einem Taschenmesser und forderten sein Mobiltelefon. Als er die Herausgabe verweigerte, versetzten ihm die Täter mehrere Schläge. Auch hier führte die Einstellung in die interne Veröffentlichung der Videobilder zu einem schnellen Erfolg. Bei einem der daraufhin festgenommenen Täter handelte es sich um einen minderjährigen Intensivtäter.

Rasche Ermittlungserfolge und die schnelle Aufklärung von Straftaten, insbesondere von Gewaltdelikten, sind von erheblicher präventiver Wirkung. Dies gilt sowohl für die Verhinderung von Sicherheitsstörungen, als auch für den Schutz potentieller Opfer. Daran hat die Videoüberwachung zwischenzeitlich einen unverzichtbaren Anteil."

Fragenkreis 5: Mobilfunkabdeckung U-Bahn

Die Sitzungsvorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsausschuss am 15.01.2008 teilt unter Bezugnahme auf ein „Abstimmungsgespräch am 11.01.2008 unter der Leitung des Oberbürgermeisters" zum Thema Mobilfunkabdeckung im U-Bahn-Bereich Folgendes mit:

Es wurde daher am 11.01.2008 folgendes weiteres Vorgehen vereinbart:

(1) Polizei und MVG prüfen, wie die beschriebenen Nachteile bei Handy-Nutzung für Notruf im U-Bahnbereich minimiert werden können (z. B. auch durch sofortige Zuschaltung der U-Bahnleitstelle bei Eingang eines Notrufs durch die Polizei);

(2) Es wird eine Arbeitsgruppe unter Federführung von Herrn König (MVG) unter Beteiligung von Polizei/Innenministerium, Feuerwehr, Mobilfunkbetreiber, S-Bahn, DB-Sicherheit und SWM/MVG gebildet, die klärt, wie die diversen funktechnischen Erfordernisse bestmöglich und am wirtschaftlichsten zusammengeführt sowie finanziert werden können."

5.1 Zu welchem Ergebnis hat die Prüfung zu Ziffer (1) bezüglich der Minimierung der „Nachteile bei Handy-Nutzung" geführt?

5.2 Welche Ergebnisse hat die Arbeitsgruppe zu Ziffer (2) bis heute erarbeitet?

5.3 Ist das bundesweite Projekt BOS-Digitalfunk nach Einschätzung der Verwaltung bereits in einem Planungsstadium, welches einen hinreichend genauen Abgleich mit den Erfordernissen von GSM-Mobil funksendeanlagen kurzfristig ermöglicht?

5.4 Wie haben sich die Mobilfunkbetreiber bislang geäußert?

5.5 Nach den ursprünglichen Bekundungen der Verwaltung sollte die Mobilfunknutzung im gesamten Bereich innerhalb eines Zeitraumes von 1 bis 2 Jahren nach Vertragsschluss mit den Mobilfunkbetreibern ermöglicht werden. Wird an diesen Plänen und an diesem Zeitplan weiterhin festgehalten? Sind die entsprechenden Verträge mittlerweile abgeschlossen und wenn nicht, in welchem Stadium befinden sich die Vertragsverhandlungen (bitte die geeinigten und die strittigen Punkte angeben) und wie ist der weitere Zeitplan für die Verhandlungen (bitte Workflow und vorgesehenen Verhandlungstermine mit jeweiligen Gegenständen angeben)?

5.6 Wie ist der momentane Zeitplan für die konkrete Umsetzung (bitte vorgesehene Ausbaustufen mit Umsetzungszeitpunkt angeben)?

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Die Gespräche darüber, ob und wie gegebenenfalls der Zeitbedarf für eine Einschaltung der U-Bahnleitstelle bei Eingang eines Notrufs in der Polizeizentrale zwecks Ortung des Anrufes und Optimierung des Personaleinsatzes verkürzt werden kann, sind noch nicht abgeschlossen.

In Übereinstimmung mit den Beteiligten wurden zunächst diverse bilaterale Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern sowie Polizei und Innenministerium aufgenommen, um technische Vorklärungen vornehmen zu können. Als Zwischenergebnisse liegen vor: Die grundsätzlichen Abklärungen zwischen den Mobilfunkbetreibern, deren technische Anforderungen an die SWM/MVG, ein Vertragsentwurf (über den derzeit verhandelt wird) sowie der jetzt geäußerte grundsätzliche Wunsch der Polizei, durch Verwendung von Schlitzkabeln statt Antennenanlagen für den Mobilfunkempfang gleichzeitig auch die Voraussetzungen für die Umstellung des BOS-Funks auf Digitalfunk zu schaffen. Da letzteres zum einen sehr aufwendig ist und zum anderen zu einem erheblich höheren Zeitbedarf für die Einführung des Mobilfunks führen würde, lehnen die Mobilfunkbetreiber dies bisher ab. Die MVG hat daher vorgeschlagen, dass Innenministerium bzw. Polizei und Mobilfunkbetreiber eine gemeinsame Finanzierung der Schlitzkabel prüfen; hierfür hat sich die MVG für eine koordinierende Rolle angeboten.

Zu diesem Zweck wurde nunmehr auch die komplette Arbeitsgruppe einberufen. Ferner hat die MVG den bayerischen Innenminister um Einschaltung und insbesondere um Klärung der Finanzierungsfragen gebeten.
Aus dem dargestellten Zusammenhang ergibt sich, dass zwar die Mobilfunkbetreiber am bisher kommunizierten Zeitplan festhalten wollen, aus den Anforderungen der Polizei aber möglicherweise Verzögerungen resultieren werden. Es versteht sich von selbst, dass ein Abschluss der Vertragsverhandlungen natürlich erst endgültig möglich ist, wenn die beschriebenen technischen Aspekte sowie Finanzierungsfragen geklärt sind."

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Die Nutzungsmöglichkeit von Mobiltelefonen im U-Bahnbereich hält das Polizeipräsidium München nach wie vor für erforderlich. Vorteile werden insbesondere darin gesehen, dass die Polizei schnell und unmittelbar über sicherheitsrelevante Ereignisse informiert wird. Umgekehrt hat die Polizei so die direkte Kommunikationsmöglichkeit mit dem Mitteiler (Fluchtweg, Verhaltenshinweise u. a.), die wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen Abwicklung des jeweiligen Einsatzes ist.

Die Nach- bzw. Umrüstung der Münchner U-Bahnanlagen ist problematisch und zeitnah nicht realisierbar. Vor diesem Hintergrund wurde vereinbart, dass Polizei und MVG Möglichkeiten zur Reduzierung der Nachteile bei der Handy-Nutzung für Notrufe im U-Bahnbereich prüfen.

Mitteilungen von Fahrgästen bzw. U-Bahnnutzern erfolgen entweder an die polizeiliche Einsatzzentrale (über Notruf) oder aber über Notrufeinrichtungen an die U-Bahnleitstelle. Unter den aktuellen Gegebenheiten lassen sich Nachteile einer nicht möglichen Handy-Nutzung im U-Bahnbereich derzeit nur durch einen intensiveren und wechselseitigen Informationsaustausch zwischen Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums und der U-Bahnleitstelle teilweise minimieren."

Fragenkreis 6: Stationäre Sprechstellen

6.1 Wie engmaschig ist die derzeitige Abdeckung
a) der stationären Anlagen
b) der Fahrzeuge der MVG
mit stationären Sprechstellen zum Absetzen von Notrufen?

6.2 Wie groß ist der maximale Einzugsbereich einer stationären Sprechstelle
a) in stationären Anlagen
b) in Fahrzeugen der MVG,

d. h. in welcher maximalen Entfernung zu jedem Standort ist eine Sprechstelle erreichbar?

6.3 In welchem Umfang ist der weitere Ausbau der stationären Sprechstellen geplant? Wie ist der Zeitplan hierfür?

6.4 Welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Sichtbarkeit und Auffindbarkeit stationärer Sprechstellen sieht die Verwaltung? In der Sit zungsvorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsausschuss am 15.01.2008 (Seite 13) ist von „ersten Konzepten" die Rede, die „bereits erarbeitet worden" seien. Diese Konzepte sind im Detail darzustellen.

6.5 Welche konkreten Verbesserungsmaßnahmen sind bereits beschlossen und wie ist der aktuelle Zeitplan für deren Umsetzung?

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Wie ebenfalls im o. g. Stadtratsbeschluss vom 15.01.2008 dargestellt sowie in Presseveröffentlichungen der MVG kommuniziert, gibt es im U-Bahnbereich derzeit 486 stationäre Sprechstellen in den Bahnhofsanlagen, 165 Sprechstellen in den Aufzügen und 1.740 Sprechstellen in den U-Bahnfahrzeugen; dies sind drei Sprechstellen je U-Bahnwagen. Es ist geplant, die Zahl der stationären Sprechstellen weiter zu erhöhen, insbesondere im Rahmen von Bahnhofsmodernisierungen.

Zur weiteren Verbesserung der Sichtbarkeit von Sprechstellen wurden diverse Gestaltungsmodelle erarbeitet; in Kürze werden Pilotanwendungen vorgestellt. Leider wurden die Sprechstellen bzw. ihre Anbringung und ihr Umfeld beim damaligen Bau der U-Bahnhöfe jeweils dem architektonischen Umfeld angepasst und deshalb leider nur in geringem Maße standardisiert. Daher ist nun auch eine breite Palette von Varianten erforderlich, um kurzfristig Verbesserungen zu erzielen. Mittelfristig strebt die MVG eine einheitliche Notrufsäule an, die derzeit entwickelt wird.

Als weitere kurzfristige Maßnahme wurden zwischenzeitlich Informationen bezüglich der Notrufmöglichkeiten über die Infoscreens im U-Bahnbereich und die Kundenzeitung ‚MVG-Linie 8' kommuniziert."

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 10. September 2008

Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren! Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!
Antrag Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, den 10.09. 2008

ANTRAG

Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren!
Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!

Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister initiieren gemeinsam mit den Stadtratsfraktionen einen mehrjährigen Prozess mit dem Ziel, dass sich wieder mehr Menschen in die Kommunalpolitik einmischen und die außergewöhnlich geringe Wahlbeteiligung, wie sie zuletzt bei der Kommunalwahl 2008 zu verzeichnen war, dauerhaft wieder zu erhöhen.

Um dies zu erreichen sollen mindestens folgende Überlegungen geprüft werden:

1. Die Stadtverwaltung analysiert (so genau dies mit einem vertretbaren Aufwand möglich ist) die Gründe für die Wahlmüdigkeit bei der Kommunalwahl 2008 und legt diese Ergebnisse dem Stadtrat vor

2. Im Rahmen der für 2009 ohnehin vorgesehenen Bürgerbefragung wird versucht, den Gründen für die hohe Wahlenthaltung nachzugehen

3. In einem Expertengespräch werden Gründe für die – bundesweit sichtbare – Wahlmüdigkeit der Bevölkerung analysiert und Überlegungen angestellt, wie diesem Trend zur Wahlenthaltung in München begegnet werden kann.

4. Es werden Gegenstrategien ausgearbeitet, die derzeit mindestens folgende Fragestellungen einbeziehen sollen:

   a. Kann durch eine verstärkte Form der Bürgerbeteiligung in bestimmten Quartieren oder Bereichen eine stärkere Bindung an die Kommunalpolitik erreicht werden?
   b. Könnte durch die Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushaltes- wie z.B. der von den Vereinten Nationen prämierte „Bürgerhaushalt Köln“ - zu einem stärkeren Engagement und letztlich zu einer höheren Wahlbeteiligung führen?

c. Erscheint es sinnvoll eine Art Petitionsausschuss/Petitionsstelle für die MünchnerInnen einzuführen?
d. Wie kann durch mehr Information in den Schulen die Bedeutung der Kommunalpolitik deutlicher gemacht werden?
e. Wie kann durch mehr Informationen darüber, wofür eine Kommune zuständig ist und wie Kommunalpolitik funktioniert eine höhere Identifizierung der MünchnerInnen mit der Kommunalpolitik erreicht werden?

5. Bei allen Überlegungen ist die Migrationsbevölkerung in München ausdrücklich mit einzubeziehen.

Begründung:

Bei der Kommunalwahl 2008 gingen in München nur noch 47% der WählerInnen zur Urne. Sie folgten damit einem bundesweiten Trend, nach dem die Zahl der BürgerInnen, die zur Wahl gehen, stetig abnimmt.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung führt auf Dauer zu einem Legitimationsproblem der Regierenden – was alle im Rathaus vertretenen Parteien betrifft. Er führt auch dazu, dass immer weniger Menschen Kommunalpolitik wirklich aktiv mitgestalten.

Die Gründe für die Wahlenthaltung sind sicherlich vielfältig und können sehr subjektiv sein. Dennoch kann eine Stadt mit 1,3 Millionen Einwohnern dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Es bedarf einer genauen Analyse und Diskussion der Gründe für die geringe Wahlbeteiligung – um anschließend Gegenstrategien zu entwickeln.

Eine mögliche Gegenstrategie könnte sein, die Aufgaben einer Kommune deutlicher zu machen – andererseits aber auch den Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligung und Einfluss einzuräumen. In einem mehrjährigen Prozess sollen Möglichkeiten für mehr Bürgerbeteiligung ausgelotet und umgesetzt werden.

Ziel ist es, das Interesse an der Kommunalpolitik wieder zu stärken.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste
Initiative: Siegfried Benker